

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg – die Böblinger Erdhebungsoffer brauchen einen staatlichen Hilfsfonds!



Man darf sich fragen, weshalb sich die Politiker unseres Landes hinter schlechten Gesetzen verstecken, statt gute Gesetze zu machen, die den Erdhebungsoffern in Böblingen und vor allem auch der Geothermie helfen würden.

Da lese ich in der Drucksache 15/6313 des Landtages von Baden-Württemberg, dass die Anzahl der Erdwärmebohrungen nach dem Bekanntwerden der Geothermie-Schäden in Staufen von 4.727 Bohrungen im Jahr 2008 sukzessive auf 2.185 Bohrungen gesunken ist. Nach Bekanntwerden der Geothermieschäden in Böblingen stürzte die Anzahl der Bohrungen dann nochmals weiter ab, bis auf 738 im Jahr 2014.

Das Vertrauen der Menschen in die Geothermie ist zerstört, weil die Haftung für jede einzelne Bohrung, obwohl staatlich gewollt und gefördert, zu groß ist und, wie in Böblingen zu sehen ist, die Geschädigten von der Landesregierung mit ihren Schäden alleine gelassen werden. Dabei schaut die Regierung von Baden-Württemberg sogar ungeniert zu, wie Nachbarn ihre Nachbarn verklagen. Der Imageschaden ist hoch! Anders ist das in Hamburg. Da richteten linke Chaoten während des G20-Gipfels große Schäden an, doch statt sich hinter schlechten Gesetzen zu verstecken, reagierte man in Hamburg



CDU Stadträtin Daniela Braun – www.erdhebungen-boeblingen.de

und bei der Bundesregierung sofort. Die Medien berichteten: „40 Millionen Entschädigung für G-20-Gewaltopfer“. Die Auszahlung soll laut Böblinger Kreiszeitung vom 20. Juli 2017 über einen Härtefallfonds abgewickelt werden. Der Fonds soll für Sachschäden aufkommen, für die kein Versicherungsschutz besteht. Außerdem könne er sogar im Falle von zu erwartenden Versicherungsleistungen in Vorleistung gehen. Spätere Versicherungsleistungen würden in den Fonds zurückfließen.

Weshalb ist solch ein Hilfsfonds nur in Hamburg, aber nicht in Baden-Württemberg möglich? Ich hatte einen solchen Fonds als Kreisrätin und Stadträtin schon 2015 gefordert!

Wann übernimmt das Land die Mitverantwortung für die Fehler der vom Land gewollten und geförderten Erdwärme-Bohrungen in Böblingen? Sie wurden ausgeführt von einer unfähigen, aber vom Landrats-

amt genehmigten Bohrfirma, deren Bohranträge und -protokolle vom Wasserwirtschaftsamt weitgehend nicht geprüft und deren Bohrungen auch nicht überwacht wurden. Sollen die geschädigten Hausbesitzer erst wegsterben, weil es leichter sein wird, den Erben eine geringere Entschädigung anzubieten?

Wer die Bohrkarten des Staatlichen Wasserwirtschaftsamts beim Landratsamt Böblingen kennt und die Website des LRA BB liest, der weiß, dass die damals Verantwortlichen im Irrglauben waren, sie hätten nichts zu prüfen und nichts zu überwachen gehabt. So konnte es geschehen, dass einer der Bohrer im Jahr 2006 statt der drei angemeldeten Bohrungen mit 99 m Tiefe alle drei Bohrungen mit mehr als 130 m Tiefe vornehmen ließ, und das unbemerkt vom Landratsamt. Bis heute fehlen sogar die vorgeschriebenen Abschlussberichte für diese drei so nicht genehmigten Bohrungen!

Und auf die von verschiedenen Seiten der Landesregierung gemachte Anregung, den Geschädigten dadurch zu helfen, dass das Land gegen Abtretung der Schadensersatzansprüche aus einem Hilfsfonds die notwendigen Reparaturen zahlt, wird vom Umweltministerium lapidar erklärt, es gebe dafür keine gesetzliche Grundlage. Die Geschädigten sollen den vorgeschriebenen Rechtsweg einhalten. Das heißt, die Geschädigten müssen alle Schädiger und deren Versicherungen verklagen, also auch die zur Zeit der



„Stuttgarter Zeitung vom 28. Mai 2018 berichtet: Bohropfer fordern Hilfsfonds“
Foto: factum/Granville

Bohrungen gutgläubigen Nachbarn!

Wenn der Staat helfen will, dann hilft er auch. Wir haben es nach dem G20-Gipfel in Hamburg gesehen. Es gibt auch Landeshilfe bei Elementarschäden, wie z. B. bei Hochwasserschäden, obwohl man sich dagegen versichern kann. Es gibt demnächst auch den sogenannten „Herdenschutz“, wenn der wieder eingewanderte Wolf Nutztiere reißt. (Es ist ja auch ein schöner, romantischer Gedanke, dass wir im 21. Jahrhundert wieder so leben dürfen/können/müssen wie unsere Vorfahren.)

Richtig so! Man muss neue Gesetze machen, wenn man helfen will. Warum hilft das Land aber uns Böblingern nicht? Die Hausbesitzer in Böblingen und anderswo, die durch die fehlerhaften Erdwärmesonden-Bohrungen Schaden erlitten haben und noch immer erleiden (der Anhydrit quillt, die Erde hebt sich, bis der letzte Tropfen Wasser sein zerstörerisches Werk vollendet

haben wird), können sich dagegen nicht versichern und geholfen wird ihnen auch nicht. Wird manchmal nicht mit zweierlei Maß gemessen?

Das Land hat sogar selbst gegen das geltende Recht (§ 52 Landkreisordnung BW) verstoßen, indem es dem Landkreis Böblingen Sanierungskosten in mehrfacher Millionenhöhe erstattete! Der Landkreis hätte nämlich, so wie es das Umweltministerium von den geschädigten Bürgern verlangt, die Schädiger verklagen müssen. Denn dem Landkreis gegenüber haftet das Land nur subsidiär.

Man sieht an diesem Beispiel: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Damit den Böblinger Bohropfern endlich geholfen wird, richtet sich meine große Hoffnung an unseren neuen Oberbürgermeister Dr. Stefan Belz.

Daniela Braun
CDU-Fraktion

► Die Seiten der Fraktionen

Auf den Seiten „Meinungen aus den Fraktionen“ kommen alle vier Wochen die im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Böblingen vertretenen Fraktionen und Gruppen zu Wort.

Für den Inhalt der einzelnen Beiträge auf diesen Seiten sind diese selbst verantwortlich.